

Drucksache

Bericht über das Konzept zur digitalen Archivierung und zum Ausbau des eGovernments; Haushaltsantrag der Fraktion FDP/FW			
verantwortlich: Haupt- und Personalamt		Drucksache 2019/017	
		27.02.2019	
<u>Beschlussfassung:</u>	Ö	18.03.2019	Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss

<u>Beschlussvorschlag:</u> Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1. Zusammenfassung

Das Thema „Digitalisierung“ ist von Beginn an Bestandteil der Verwaltungsmodernisierung im Landratsamt Rems-Murr-Kreis. In den vergangenen Jahren konnten in diesem Bereich bereits wesentliche Weichenstellungen erfolgen und die praktische Umsetzung in verschiedenen Pilotämtern hat begonnen.

2. Sachverhalt

Die Landkreisverwaltung sieht mit der Weiterentwicklung des eGovernments, insbesondere mit der Einführung der eAkte, große Potentiale zur Erhöhung der Servicequalität für die Verwaltungskunden. Parallel hierzu können Wirtschaftlichkeitspotentiale in der Effektivität des Verwaltungshandelns sowie beim Raumbedarf erschlossen werden.

Die Gesamtimmobilienkonzeption des Landkreises stellt dabei eine Leitplanke insbesondere für die Einführung der eAkte dar. Es ist erklärtes Ziel, dass keine Organisationseinheit mit einer nennenswerten Anzahl von Papierakten umziehen soll. Hierdurch kann von Anfang an flächeneffizient geplant werden.

Um dies zu erreichen setzt sich die Kreisverwaltung seit 2018 verstärkt für eine beschleunigte und nachhaltige Koordinierung, Planung und Umsetzung in den zugehörigen Themenfeldern ein.

Dabei spielt die Vernetzung zum Austausch von „Best-Practice-Beispielen“ eine wesentliche Rolle. Eine effektive Plattform hat sich durch die Verbindung einer Arbeitsgruppe, initiiert durch

die „jungen Landräte“ der Landkreise Hohenlohe, Ravensburg, Rems-Murr-Kreis, Schwarzwald-Baar und Waldshut sowie in andere Kommunalverwaltungen, gebildet. Synergie-Effekte ergeben sich in diesen Kreisen insbesondere aus der Tatsache, dass alle genannten Kreise die gleiche Software (enaio) zur digitalen Archivierung und Einführung des eGovernments verwenden. So ist es möglich „Teillösungen“ auszutauschen und voneinander zu profitieren. Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe findet bereits am 21. März 2019 im Rems-Murr-Kreis statt.

Die Kreisverwaltung steht beim Thema eGovernment aber keineswegs am Anfang. Bereits seit Jahren werden verschiedenste Onlineverfahren oder die elektronische Antragsstellung angeboten. Als Beispiele können die Kfz-Außerkraftsetzung, -Wiederzulassung, Wunschkennzeichen oder Ausbildungsförderung genannt werden.

Für Teilarbeitsbereiche ist die eAkte insbesondere im Amt für Finanzen, dem Vermessungsamt, der Fahrerlaubnisbehörde und der Zulassungsstelle schon seit Jahren Bestandteil des Arbeitsalltags. Seit November 2018 arbeiten darüber hinaus das Amt für Beteiligungen und Immobilien sowie der Fachbereich Organisation und Innere Dienste im Haupt- und Personalamt als Pilotbereiche an der Erprobung der ganzheitlichen Anwendung dieses Systems.

Wesentliches Ziel der Einführung der eAkte ist dabei die vollständige digitale Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen, um digital gestützte Bearbeitungsprozesse zu ermöglichen. Darüber hinaus kann damit die Verringerung des Raumbedarfs durch ersetzende digitale Aufbewahrung und Archivierung von Unterlagen erreicht werden.

Auch die Auszubildenden beschäftigen sich mit diesem Thema. Das Projekt „AZUB1S GO DIGITAL“ beschäftigt sich mit dem Thema der Digitalisierung unter dem Aspekt des ressourcenschonenden Einsatzes von Papier. Mit verschiedensten Maßnahmen, die den Alltag der Auszubildenden künftig digitaler gestalten, wollen unsere jungen Kolleginnen und Kollegen den Papierverbrauch reduzieren. Mit der Ausstattung unserer Auszubildenden mit Tablets hat das Landratsamt Rems-Murr-Kreis die Grundvoraussetzung hierfür bereits im vergangenen Jahr geschaffen.

3. Finanzielle und personelle Auswirkungen sowie Folgekosten

3.1 Sach- und Dienstleistungskosten

Für das Projekt eAkte fallen Sach- und Dienstleistungskosten insbesondere im Bereich der Hard- und Softwarebereitstellung, der systembedingten Installation und Anpassung sowie der Schulung von Systembetreuern und Anwendern an. Für das Haushaltsjahr 2019 sind hierfür rund 110.000 Euro **eingepplant. Ebenfalls sollen Restmittel des Jahres 2018 in Höhe von 50.000 Euro übertragen werden. Nach deren Genehmigung stünden im Haushaltsjahr 2019 insgesamt 160.000 Euro zur Verfügung.**

3.2 Personelle Auswirkungen und Kosten

Mit dem Stellenplan 2018 wurde die Stelle des/der eGovernment-Beauftragte/n geschaffen bzw. aus der Vorprojektstelle zur Systemauswahl- und Vorbereitung 2016/2017 beim Amt für Schulen, Bildung und Kultur umgewidmet. Diese Stelle konnte im vergangenen Jahr nicht besetzt werden. Dies ändert sich zum 1. April 2019.

Im Fachbereich Informations- und Kommunikationstechnik werden bereits vorhandene Stellenanteile verstärkt für die technische Umsetzung und Begleitung von eGovernment-Projekten verwendet. Darüber hinaus ist der Fachbereich Kreisarchiv Projektbeteiligter. Im weiteren Einführungsverlauf werden voraussichtlich weitere zentrale Stellenanteile zur Betreuung des Systems und der Mitarbeitenden vorgesehen werden müssen, bevor mittel- bis langfristig konkrete Einsparungen realisiert werden können.

Das notwendige (ersetzende) Scannen des täglichen Papier-Posteingangs erfolgt zunächst aus dem Personalbestand.

3-22_FDP-FW_Digitale Archivierung